

Neuer Vorstoß gegen Vorrang von Windkraft

Im Baugesetzbuch genießen Windräder ein Privileg, das Brandenburg gern abschaffen möchte. Die CDU will, dass die Thüringer Landesregierung dieses Anliegen im Bundesrat unterstützt.



Keine ausschließliche Vorfahrt für Windräder mehr, fordert die Thüringer CDU. Foto: Marco Kneise

Gera. Die Thüringer CDU nimmt einen neuen Anlauf, den Vorrang von Windrädern im Baugesetzbuch zu streichen. Die Fraktion will einen Antrag im Landtag stellen und so erreichen, dass Thüringen im Bundesrat einen Antrag des Landes Brandenburg unterstützt. Dieser steht am Freitag auf der Tagesordnung der Länderkammer.

„Die Kommunen hätten damit endlich ein wirksames Mitentscheidungsrecht bei den Standorten für Windkraftanlagen in der Hand“, sagt der energiepolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Stefan Gruhner. In Brandenburg regiert die SPD gemeinsam mit den Linken. In Thüringen wollte die Koalition aus Linke, SPD und Grünen diesen Weg nicht mitgehen und hatte im Februar 2017 einen entsprechenden Antrag der CDU abgelehnt.

Die Privilegierung der Windenergie im Baugesetzbuch gilt als entscheidende planungsrechtliche Sonderregelung, die den massiven Ausbau der Windenergie in den vergangenen Jahren ermöglicht hat. Danach sind Windkraftanlagen immer dann zulässig, wenn keine öffentlichen Belange entgegenstehen. Gruhner teilt die Einschätzung der Brandenburger Landesregierung, dass die betroffenen Kommunen unter diesen Umständen selten eine Chance haben, sich gegen Windparks vor ihrer Haustür durchzusetzen. Durch den Entzug der Privilegierung können die Gemeinden bei der Aufstellung der kommunalen Bebauungspläne die Vor- und Nachteile ausführlich abwägen und die Bürger an der Entscheidung teilhaben lassen, hebt der Abgeordnete aus dem Saale-Orla-Kreis hervor. Nach Auffassung der CDU-Fraktion gibt es mit den 28.000 Windrädern auf dem deutschen Festland und einer Gesamtleistung von 50.000 Megawatt inzwischen ausreichend Windkraftanlagen. „Diese Entwicklung zeigt, dass die Windenergie den Kinderschuhen entwachsen und eine weitere rechtliche Privilegierung künftig nicht mehr notwendig ist“, heißt es im Antrag.

Laut Gruhner ist der Vorstoß umso wichtiger, als die Weltgesundheitsorganisation kürzlich auf gesundheitliche Risiken durch Windkraftanlagen hingewiesen habe. „Die Anwohner erwarten wirksame Instrumente, mit denen sie einen ausreichenden Abstand der Windräder zur Wohnbebauung durchsetzen können“, sagt er. Der Vorstoß Brandenburgs helfe, Bürgern berechtigte Sorgen zu nehmen.

Laut Bundesverband Windenergie waren zum Ende des vergangenen Jahres 837 Windräder in Thüringen installiert, 45 mehr als ein Jahr zuvor. Alle Thüringer Anlagen bringen im besten Fall eine Leistung von 1470 Megawatt.

Quelle: TA / Tino Zippel / 08.11.18